

SO!

Informationen der SP Wädenswil

Sozialdemokratische Partei Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil
 PC: 80-43003-3, so!
 Nr.1/01, erscheint 3 bis 4 mal jährlich, Auflage: 7500 Ex.
 Preis: Normal-Abonnement Fr. 12.- Unterstützungs-Abonnement Fr. 25.-
 Druck: Arbeitszentrum am See, Wädenswil
 Redaktion: Sepp Dorfeschmid, Hanna Landolt,
 René Peter, Hansjörg Schmid, Erwin Wachter
 http://www.spwaedenswil.ch

Nein zu Demokratieabbau - nein zur neuen Gemeindeordnung!

Alle Macht dem Stadtrat ?

Am 4. März kommt in Wädenswil die neue Gemeindeordnung zur Abstimmung. Wenn das Volk ja sagt, schränkt es seine eigene Macht ein, zu Gunsten des Stadtrats. Das kann und darf nicht sein, findet die SP und empfiehlt den StimmbürgerInnen ein NEIN.



Manuel Angst, SP-Gemeinderat

Die Demokratie schweizerischer Prägung hat einige Besonderheiten. Eine davon ist, dass wir kein System von Regierung und Opposition, die sich jeweils ablösen, haben. In unserem Land ist das Volk die Opposition. Arroganz der Macht wird nicht durch die Möglichkeit des Machtwechsels verhindert, sondern jeweils am konkreten Objekt durch die Möglichkeit, ein Referendum zu verlieren.

Dies alles gilt auf lokaler wie auf kantonaler und eidgenössischer Ebene. Nun soll aber diese demokratische Kontrolle ausgerechnet in Wädenswil ausgeschaltet werden! Die vorgeschlagene neue Gemeindeordnung (GO) verbietet in zwei neuen Bereichen jegliches Referendum.

Volk wird übergangen

Der eine Bereich - die Grundsätze der Organisation von Stadtrat und Stadtverwaltung - wurde bis anhin in der GO selbst geregelt, womit jegliche Änderung obligatorisch einer Volksabstimmung unterstand. Die neue GO geht nun weit darüber hinaus, einfach das Obligatorische

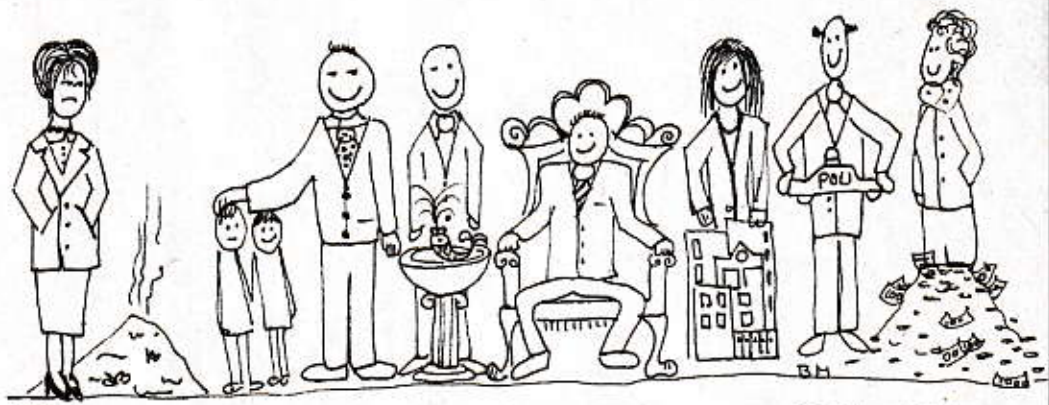
um aufzuheben, was ja noch verständlich wäre. Nein, es wird sogar das fakultative (freiwillige) Referendum* explizit ausgeschlossen.

Das neue sogenannte Organisationsstatut wäre reine Sache des Stadtrates. Hinter diesem harmlos klingenden technischen Begriff verbergen sich weit reichende Konsequenzen: Der Stadtrat könnte sich so organisieren, wie er will, ohne dass das Volk etwas dazu zu sagen hätte. Höchstens der Gemeinderat könnte eine Änderung noch verweigern. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Rat ist dies im Moment unwahrscheinlich.

sichtig. Eine Betrachtung der Abstimmungsergebnisse der letzten Jahre zeigt auch, dass das fakultative Referendum nicht missbraucht wird - wovor haben also der Stadtrat und die Mehrheit des Gemeinderates Angst?

NPM ohne Grundsatzentscheid des Volkes einführen?

Der andere Bereich betrifft die Einführung des NPM. Gemäss neuer GO wäre das fakultative Referendum auch ausgeschlossen bei der allgemeinen Einführung von New Public Management (NPM, eine Verwaltungsreform). Wädenswil befindet sich zur Zeit in einer NPM-



Abfall und Kompost Schule und Soziales Werke Präsidium Bauen Polizei Finanzen

Der Stadtrat von Wädenswil hat sich neu organisiert. Neu-geschaffen wurde das Städtische Amt für Abfall und Kompost, bekleidet von Septima Minor.

Es ist nun nicht so, dass in dieser Materie mit wahnsinnig vielen Referenden zu rechnen ist. Unnötige Volksabstimmungen wird es also kaum geben. Warum also das fakultative Referendum als Notbremse nicht erhalten wird, ist absolut uncin-

versuchsphase, welche bis 2002 dauert. Ob sich NPM tatsächlich als der bisherigen Verwaltungsführung überlegen herausstellen wird, wird sich erst weisen (auch wenn der Stadtrat bereits jetzt von Unumkehrbarkeit spricht). Da zu NPM

*Obligatorisches Referendum: über den Antrag muss das Volk abstimmen. Fakultatives Referendum: Ein Teil des Gemeinderates oder 600 BürgerInnen (Unterschriftensammlung) können eine Volksabstimmung beantragen.

Darum ist die neue Gemeindeordnung abzulehnen:

- Streichung des fakultativen Referendums bei der Organisation des Stadtrats - Abbau der Demokratie.
- Absurd: Änderungen der Beschlüsse des Stadtrats bezüglich seiner Organisation könnten nur durch eine Änderung der Gemeindeordnung erreicht werden.
- Der Stadtrat soll mehr Kompetenzen im Liegenschaftsbereich erhalten. Die SP findet es gefährlich, wenn unkontrolliert sehr viel Geld ausgegeben werden kann oder interessante Liegenschaften verscherbelt werden können.
- Die Anzahl der Stadträte soll von neun auf sieben verkleinert werden. An der Verwaltungsorganisation soll sich aber nicht viel ändern, nach wie vor besteht ein Milizbetrieb. Die StadträtInnen werden also noch mehr als bisher belastet und überfordert sein. Das ist Unsinn!

Darum: Am 4. März 2001 abstimmen, und zwar NEIN zur neuen Gemeindeordnung!

noch sehr viele Fragen offen sind, kann ein Grundsatzentscheid zum jetzigen Zeitpunkt nicht gefällt werden. Mit einer Annahme der GO wird das Volk diesen aber auch gar nicht mehr fällen können, es würde ihn an den Gemeinderat delegieren - unwiderruflich. (Mit einem Ja zur neuen GO sagt das Volk also praktisch Ja zu NPM, denn der Gemeinderat wird NPM kaum ablehnen.) ExpertInnen sind sich übrigens einig, dass NPM tendenziell die Verwaltung stärkt und nicht nur eine simple Verwaltungsreform, sondern vielmehr eine Staatsreform ist. Soll das Volk tatsächlich von vornherein und in Unkenntnis der Auswertung der Versuchsprojekte auf jegliches Mitspracherecht verzichten?

Demokratieabbau - lieber nicht!

In Anbetracht der speziellen Ausgestaltung unseres politischen Systems bedeutet eine Ausschliessung von fakultativen Referenden immer einen Demokratieabbau. Die Allmacht von Stadtrat und Parlament (smehrheit) wird beschränkt durch die Möglichkeit von fakultativen Referenden. Es ist ein Gebot politischer Klugheit, diese bestehenden Beschränkungen nicht ohne Not zu lockern. Deshalb am

4. März: NEIN zur neuen Gemeindeordnung!

PS: Die SP ist durchaus für eine Stadtreform. Aber sicher nicht zum Preis eines Demokratieabbaus!!!

Vertrauen ist gut - Kontrolle ist besser



Sepp Dorfschmid,
SP-Gemeinderat

Man müsse Vertrauen haben in den Stadtrat, der es auf Grund seiner Tätigkeit doch am besten wisse, hört man sagen. Das Vertrauen wird aber sinnigerweise nur gewährt, wenn auch genügend Kontrollmöglichkeiten bestehen. Ohne Kontroll- und Korrekturmöglichkeiten hätten wir einige unerwünschte Dinge erlebt, so zum Beispiel:

- Der Stadtrat erteilte die Baubewilligungen für grosse Einkaufszentren im Neubüel. Dank dem Rekursrecht des VCS konnte kontrolliert und schliesslich korrigiert werden. Der Druck der SP-Opposition führte in der Zwischenzeit zu wesentlich besseren Vorschlägen.
- Der Stadtrat erteilte die Baubewilligung für eine Senioren-Residenz am Standort des heutigen Spitals. Nach Rekursen von Anwohnern wurde der Stadtrat durch die Baurekurskommission gestoppt: Die Baubewilligung war zonenwidrig; der unsinnige Bauklotz konnte verhindert werden.

- Der Stadtrat wollte den Wasserpreis erhöhen. Massiv und mit ungerechter Verteilung zwischen Privaten und Firmen. Druck der Opposition und Einspruch des Preisüberwachers führten zum Rückzug des Ansinnens. Auch bei erneutem Anlauf scheint noch nicht alles in Ordnung zu sein. Erneut ist Vertrauen zwar gut, Kontrolle aber besser.
- Der Stadtrat, gefolgt von der Parlamentsmehrheit, suchte wieder einmal nach Sparmöglichkeiten und fand sie damals beim Kleinhallenbad Steinacher. Dank fakultativem Referendum kam es zum Volks-Nein.
- Der Stadtrat konnte sich von den alten kulturellen Seilschaften nicht lösen und wollte den Engel vergolden. Das Parlament gab gar noch eins drauf. Zum Glück unterstehen solche Beschlüsse dem Referendum. So konnte das Volk die nötige Korrektur anbringen!

Mit der neuen Gemeindeordnung würden die Kontrollmechanismen, die bei diesen Beispielen wirkten, beibehalten (aber auch nicht verbessert). Für den Bereich der Organisation von Stadtrat und

Verwaltung würden sie aber ausgeschaltet. Dabei ist doch klar: Ohne Kontrolle und Korrekturmöglichkeiten geht es nicht. Wer seine Macht durch eine komfortable Mehrheit geschützt weiss, neigt dazu, die Einwände der Minderheit zu ignorieren und nur die eigenen Interessen durchzusetzen. Nur so ist erklärbar, dass die bürgerliche Mehrheit des Gemeinderates die SP-Anträge, die das fakultative Referendum beim Globalbudget und beim Organisationsstatut ermöglicht hätten, abschmetterte. Nur so ist erklärbar, dass kürzlich die Besetzung eines Kommissionpräsidiums nicht mehr zwischen den Fraktionen des Gemeinderates abgesprochen, sondern einfach festgesetzt wurde.

Angesichts einer solchen Haltung ist anzunehmen, dass zukünftige Mitglieder des Stadtrates, die nicht zum bürgerlichen Eintopf gehören, kaum mit sehr relevanten Aufgaben betraut würden. In der von den Bürgerlichen beantragten Gemeindeordnung könnte man dafür das Organisationsstatut geeignet ändern und dem unerwünschten Eindringling eine ganz besondere Aufgabe anvertrauen. Es muss ja nicht gleich das Ministerium für Kreiselkunst sein.

Ja zur VCS-Initiative „Strassen für alle“ am 4. März

Tempo 30: Eine neue Verkehrskultur innerorts

Das Glärnisch-Quartier gilt seit vielen Jahren als Tempo-30-Zone. Die VCS-Initiative ermöglicht in allen anderen Quartieren ein ebenso ruhigeres und weniger gefährliches Verkehrsklima und macht sie wohnlicher. Aber auch Hauptstrassen im Ortskern sowie andere Gefahrenstellen sollen davon profitieren.



Hanna Landolt,
SP-Gemeinderätin

Gesamtschweizerisch starben 1999 innerorts auf unseren Strassen über 210 Menschen und über 17'000 wurden zum Teil schwer verletzt. Unfallursache ist meist zu hohe Geschwindigkeit.

Weniger Tote und Schwerverletzte

Die Chance eines Menschen, den Zusammenprall mit einem Auto zu überleben, ist umso grösser, je geringer die Geschwindigkeit ist:

- Tempo 30 verringert den Anhalteweg deutlich. Ein Auto kommt so bereits nach 13m zum Stillstand. Eines mit 50km/h erst nach 26m!
- Tempo 30 verschafft den LenkerInnen ein breiteres Wahrnehmungsfeld: Sie nehmen besser wahr, was seitlich der Fahrbahn geschieht, und können früher darauf reagieren. Deshalb fühlen auch sie sich wesentlich sicherer und entspannter.
- Ein Zusammenprall mit einem Auto bei Tempo 50 entspricht einem Fall aus dem 3. Stock eines Hauses, eine Kollision bei Tempo 30 „nur“ noch einem solchen aus dem 1. Stock.

Mehr Lebens- und Wohnqualität

Ein ruhigeres Verkehrsklima macht Quartiere wohnlicher: Auch Kinder und ältere Menschen können sich so freier und sicherer bewegen. Tempo 30 schafft eine neue Verkehrskultur: Statt aggressiver Fahrweise herrscht gegenseitige Rücksichtnahme. Trotzdem wird Verkehrserziehung für Kinder weiterhin

wichtig sein. Sie müssen lernen, mit den Gefahren des Verkehrs umzugehen. Nur kann auch die beste Verkehrserziehung aus Kindern keine kleinen Erwachsenen machen: Entwicklungsbedingt sind ihre Fähigkeiten, aufzupassen, noch nicht so gut ausgebildet wie bei Erwachsenen.

Ohren und Atemluft profitieren

Wie Untersuchungen ergeben haben, reduziert nichts den Strassenlärm rascher und wirksamer als eine Temporeduktion. Wenn die Motorfahrzeuge statt mit Tempo 50 nur noch mit Tempo 30 zirkulieren, sinkt der Lärmpegel so tief, wie wenn der Verkehr halbiert worden wäre. Die Wohnlichkeit in Quartieren und an Hauptstrassen wächst dadurch schlagartig.

Der Touring-Club der Schweiz (TCS) hat in einer Studie festgehalten, dass beim Wechsel von Tempo 50 zu Tempo 30 Benzinverbrauch und Schadstoff-Emissionen (ausser Kohlenwasserstoffe) deutlich abnehmen. Diese Aussage gilt bei gleichbleibendem Fahrstil. Gleich grosse Wirkung bringt eine Umstellung von offensiver auf defensive Fahrweise.

Tempo-30-Kosten: Bund sagt nur halbe Wahrheit

Die Umsetzung der Initiative kostet Geld. Der Bund geht, ohne jeden Beleg dafür, wie er kalkuliert hat, von 2 Milliarden Franken aus. Der VCS rechnet mit halb so hohem Aufwand. Dieser setzt sich so zusammen:

- Bauliche Massnahmen in Wohngebieten wie Verengungen, Belagswechsel und Signalisation: 300 Mio.
- Bauliche Massnahmen auf ca. 30 % der Hauptstrassenabschnitte wie geschützte Zebrastreifen, Kreisel und Belagsänderungen: 700 Mio.

Diese Summe ist plausibel: Nimmt man die Stadt Zürich mit einfachen Massnahmen für die flächendeckenden Tempo-30-Zonen als Massstab (3,5 Mio.), ergeben sich für ähnlich sparsame Massnahmen in der ganzen Schweiz 70 Mio. Franken. Nimmt man einen Ort mit aufwändigeren Massnahmen, wie Herzogenbuchsee, ergeben sich landesweit Kosten von 400 Mio. Franken für die Wohngebiete.

Fortsetzung auf Seite 4



Der Tempo-30-Nutzen: die ganze Wahrheit

Die Schweizerische Stelle für Unfallverhütung bfu hat den Wert von Verkehrssicherheits-Massnahmen beziffert: Tempo 30 verringert durch weniger Verkehrsunfälle die Gesundheitskosten jährlich um 178 Mio. Franken. Dabei rechnet sie aber damit, dass die Tempolimiten nur zu 60 % beachtet werden (Vergleich VCS: 80 %). Sie geht von baulichen Massnahmen für Signalisation von nur 8 Mio. aus (Vergleich VCS: 1 Milliarde). Zudem unterstellt sie, dass vielbefahrene Strassen nur selten auf Tempo 30 reduziert werden.

Der VCS rechnet, gestützt auf die wirkungsvolleren Massnahmen, mit einem Beachtungsgrad von 80 % und entsprechend höherem Nutzen. Allein die 120 verhinderten Todes- und die knapp 6'000 vermiedenen Verletzungsfälle sind rein materiell 530 Mio. Franken wert.

Fazit

Die flächendeckende Einführung von Tempo-30-Zonen führt, anders als die inselhaftige Zonenlösung für privilegierte Wohnzonen, nach und nach zu einer neuen Fahrkultur. Wohnquartiere erhalten ein Stück Lebensqualität zurück. Tempo 30 verbessert nicht nur die Sicherheit, sondern vermindert auch Lärm und Schadstoffemissionen. Deshalb: **JA** am 4. März zur Initiative „Strassen für alle“.

Weitere Infos: www.strassen-fuer-alle.ch

Grasfermentierung: Wie aus einem „Ja aber“ ein klares Nein wurde.

Durch strukturelle Veränderungen in der Landwirtschaft und der Zunahme ökologischer Ausgleichsflächen entsteht in der Region immer mehr Gras, das nicht mehr verfüttert werden kann. Die Grasfermentierung, mit der aus Gras Energie und organische Produkte gewonnen werden können, stellt eine sinnvolle aber noch wenig erprobte Alternative dar. Um diesen Weg zu fördern, hat die SP-Fraktion dem entsprechenden Gestaltungsplan zugestimmt, obwohl auch ihr bewusst war, dass ein planungsrechtliches „Aber“ nicht vollständig ausgeräumt war. Sie vertraute dabei den Ausführungen von Stadtrat und Verwaltung und vor allem der Zustimmung des kantonalen Amtes für

Raumplanung. Zu Unrecht, wie sich weisen sollte. Am 1. September 2000 wurde das eidgenössische Raumplanungsgesetz geändert und eine neue Verordnung erlassen. Gemäss dieser veränderten Lage sieht die SP keinen rechtlichen Spielraum mehr, um das Vorhaben am vorgesehen Standort realisieren zu können. Ein heutiges Ja würde fast mit Sicherheit im Laufe eines für die Steuerzahler teuren Rechtsverfahrens in ein NEIN korrigiert. Nehmen wir es darum (eigentlich ungeachtet, der sachlichen Beurteilung der Vorlage) gleich vorweg. Und die Moral der Geschichte? Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser! Man hätte es ja wissen müssen.

Sepp Dorfschmid

Stadtrat erhöhte Wasserpreis

Ende 1999 gab der Stadtrat bekannt, dass er eine neue Gebühr von 40 Franken pro Wohnung und Jahr - zusätzlich zum Kubikmeterpreis - einführen will. Investitionen für die - bisher vernachlässigte? - Erneuerung von Leitungen und Betriebsanlagen der Wasserversorgung zwängen ihn dazu. Der Beschluss löste heftigen Protest aus, worauf sich SP-Präsident und Gemeinderat Thomas Hartmann an den Preisüberwacher in Bern wandte, der beim Stadtrat intervenierte. Da der Beschluss vom Stadtrat wieder aufgehoben wurde, stellte der Preisüberwacher das Verfahren ein. Er machte die Behörden jedoch darauf aufmerksam, vor Tarifanpassungen „das Empfehlungsrecht des Preisüberwachers zu beachten“.

Nun hat der Stadtrat den Kubikmeterpreis um happige 20 Rappen angehoben, ohne den Preisüberwacher zu konsultieren. Gemäss Preisüberwachungsgesetz stellt dies eine Bundesrechtsverletzung dar. Für Thomas Hartmann Grund genug, beim Stadtrat vorstellig zu werden. Er will wissen, warum die

Tarife von Wädenswil im Vergleich mit anderen Wasserversorgungen hoch sind. „Wem nützen Steuergeschenke, wenn gleichzeitig für Wasser und Gas massiv höhere Gebühren verlangt werden“, fragt sich der SP-Präsident.

SP-Wädenswil

- Ich will mehr über die SP erfahren
- Ich möchte der SP beitreten
- Senden Sie mir Infomaterial über folgendes Thema:

Name:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:



Sozialdemokratische Partei Wädenswil
Postfach 552, 8820 Wädenswil
Fax 01-680 34 51
e-mail: spwaedenswil@spzuerich.ch



Sozialdemokratische Partei

Abstimmungsempfehlung für den 4. März 2001:

Eidgenössisch:

- Volksinitiativen
- Ja zu Europa **Ja**
 - Tempo 30 - Strassen für alle **Ja**
 - Tiefere Arzneimittelpreise (Dennerinitiative) **Freigabe**

Wädenswil:

- Gemeindeordnung **Nein**
- Grasfermentierung **Nein**